

Kammer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Preiskontrollen und Nachschüsse
nach Maßgabe der anliegenden Belegungen. Größtenteils
täglich. Monatlicher Durchschnitt 40 Pf. Die Post
besorgen sämtliche Briefe. Falls wie in der Belegungs-
überlieferung der Zeitung abgemacht ist, hat der Besteller
seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Belegpreises.

Nr. 135

Sonntag, den 12. Juni 1920

48. Jahrgang

Eine Absage der U. S. P. D. an den Reichskanzler.

Reichskanzler Müller ist Freitag mittag
mit der Bildung des neuen Kabinetts beauf-
tragt worden. In Verfolg dieses Auftrages
hat Müller

an den Vbz. Erzbischofen von der U. S. P. D.
ein Schreiben gerichtet,

in dem er ausführt: Zur Lösung der mit ge-
stellten Aufgabe werde ich mich zuerst an die
Vertreter der unabhängigen Partei Deutsch-
lands. Die Wahlen brachten der U. S. P. D.
80 Mandate und machten sie damit zur zweit-
stärksten Partei des künftigen Reichstages. Die
Beteiligung an der Regierung ist deshalb das
Recht der U. S. P. D. In unserer jungen deutschen
Republik erscheint mir die Teilnahme der Un-
abhängigen aber deshalb besonders notwendig,
weil wir nur durch eine nach links hin gestärkte
Koalitionserziehung um eine republikanische
Einrichtung gegen alle Angriffe von rechts
verteidigt, realistische Mittel auf den Licht-
fundament und die sozialpolitischen Errungen-
schaften der Nachkriegszeit abzuwehren können
und eine auswärtige Politik durchzuführen wer-
den kann, die den republikanischen und pazifi-
stischen Forderungen der weit überwiegenden Mehr-
heit des deutschen Volkes entspricht. — Un-
schicklich daran hat er Herrn Erzbischofen zu
einer Aussprache, wobei er zum Schluß auf
die Dringlichkeit der Regierungsbildung we-
gen der in Spa zu führenden Verhandlungen
hinwies.

Die Antwort der U. S. P. D.

Auf dieses Schreiben ist an den Reichskanzler
am 11. 6. nachmittags eine Antwort der U.
S. P. D. gezeichnet worden, die wie folgt lautet:
Sehr geehrter Herr Reichs-
kanzler! Im Auftrage des Reichstages hat die
U. S. P. D. übermittelte Ihnen folgende
Antwort: Auf Ihre Einladung vom 11. 6.
zu einer Aussprache über den Eintritt von
Mitgliedern unserer Partei in die neu gebildete
Regierung erwidere ich Ihnen: Die Un-
abhängige Sozialdemokratie kann
nicht in eine Regierung eintreten,
die sich die Wiederherstellung der im Kriege
zusammengebrochenen Ausbeutungswirtschaft
zum Ziele gesetzt hat und zur Wiederherstellung
des Proletariats als militärisches Neubesitz
stellt, wie es die bisherige Koalitionserziehung
tat. Der Eintritt der U. S. P. D. in eine solche
Regierung würde eine Unterbrechung der Kon-
stitutionen bedeuten, die sie bis-
her grundförmlich bekämpft hat, wäre eine Preis-
gabe ihres Programms und ein Verstoß an den
Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten,
kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern, die
der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme
und Vertrauen geschenkt haben für die energische
Fortsetzung ihrer Politik des rückwärtslosen poli-
tischen Kampfes mit dem Ziel der Wieder-
herstellung der kapitalistischen und militärischen
Klassenherrschaft. Zur Bekämpfung dieses Zieles
ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei
zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame
Regierung mit der rechtssozialdemokratischen
Partei eingetreten. Nachdem diese Regierung
versprochen hatte, das sozialdemokratische Pro-
gramm zur Grundlage der Regierungspolitik
zu machen, haben ihre Vertreter unaufgefordert
eine Politik der Umwandlung und des Kom-
promisses mit den Vertretern der alten kapi-
talistischen Bürokratie, der kapitalistischen Par-
teien und des alten Militarismus getrieben,
sodass die U. S. P. D. gezwungen war, aus der
Regierung auszutreten, um nicht mit Schuld
zu werden an der Wiederbelebung des Militar-
ismus und Kapitalismus und der von ihnen
ins Werk gesetzten blutigen Gewalttätigkeit ge-
genüber der revolutionären Arbeiterbewegung. Die
seitdem betriebene rechtssozialistische Koalition-
spolitik mit den kapitalistischen Parteien führte
dazu, die wahren Machtverhältnisse zu ver-
schleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vor-
marsch zu behindern. Das Erstarken der Re-
aktion, wie sie bei den Reichstagswahlen zum
Ausdruck kam, ist nur die Folge der rechtssozia-
listischen Kompromisspolitik mit dem geschworenen
Feinde der Arbeiterklasse und kann nicht be-
kämpft werden durch die Fortsetzung der, das
Proletariat verwirrenden und haltenden Re-
aktionspolitik, sondern nur durch eine grund-
sätzliche klare und konsequente sozialistische Po-
litik, die Befreiung der politischen Macht
durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft
bis zur Vernichtung des Sozialismus erstrebt.
Ergeht sich aus der Entwicklung der Koalition
die Notwendigkeit einer sozialistischen Rege-
rung, so kommt für die U. S. P. D. als
Nebenbedingung nur eine rechtssozialistische Regierung
in Betracht, in der sie die Mehrheit hat. Den be-
stimmenden Einfluss ausübt und in der ihr Pro-
gramm die Grundlage der Politik bildet.

Zeitungsschlimmen zur Absage.

(Zu) Über die durch die Regierung der Unabhängigen,
mit der Reichssozialisten zusammengekommen, gezeichnete
Lage schreibt der „Sonntag“: Die Unabhängigen haben
durch Erzbischofen ihren Eintritt in die Koalition ab-
gelehnt und damit die Bildung einer Koalition ab-
gelehnt. Der schärfste Versuch der „Freiheit“, die Politik
der Partei an den Weg der Vernunft zu setzen, ist eben
gescheitert, und sie steht jetzt einem weitausgehenden
An. Der Unstimmigkeit auf der ganzen Linie steht, die
Arbeiter werden die Kosten zu bezahlen haben. Das Blatt

hat sich dann das Schreiben des Reichstages Müller an
Erzbischofen und dessen Antwort und schließlich: „An keinen
Vertrag an den Arbeiter zu begeben“, liefern die Un-
abhängigen die politische Macht den Sozialisten aus. Die
Kritik wird ja zeigen, ob die Arbeiterklasse unter einer
Regierung, wie sie die Unabhängigen haben wollen, besser
sein wird als unter der jetzigen Koalitionserziehung. Statt
einer sozialistischen Arbeiterregierung mit gelbem Ein-
bürgerrecht und Einbürgerung werden wir eine realistische, erwerbs-
fähige Regierung, in der jeder Einfluß der Arbeiterklasse
vollkommen ausgeschlossen ist. Dank der genialen Politik der
Unabhängigen in der Partei der Unabhängigen, dank dieser genialen
Politik liegt Kapp. Dazu haben wir den Generalfeldmar-
schall, hat jeder von uns das Leben in die Schanze ge-
schlagen, damit die Unabhängigen ein paar Monate früher
den Parteien des Kapp-Putsches die Macht in die Hände
spielen.

Der „Berl. Volksstimme“ sagt: Mit der Absage
der U. S. P. D. ist die Aufgabe des Reichstages
vollständig erledigt. Wie und von einer der Reichstags-
parteien nachfolgenden Seite mitgeteilt wird, dürfte dieser
vor Sonntag einen anderen Parlamentarier mit der Re-
gierung des Reichstages beauftragen. Er will erst die Sitzung
der Reichstagsparteien abwarten. Diese bildet
angenehmlich den Reichstag.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Der Vorschlag der sozialdemokratischen Partei-
mehrheit gegen Dr. Renner hatte, nachdem darauf
auch die Christlich-Sozialen aus dem Kabinett
austraten, die Demission der gesamten
Regierung zur Folge. Präsident Seitz be-
traute das bisherige Kabinett mit der Fort-
führung der Geschäfte bis zur Bildung des
neuen Kabinetts. In der gestrigen Sitzung
Sitzung des Hauptausschusses erklärte Dr. Bauer,
dass es Sache der bürgerlichen Mehrheit sei,
die Regierung zu bilden. Die Vertreter der Chri-
stlich-Sozialen und jene der Sozial-
demokraten, die Präsident Seitz vorgeschlagen
hat, die Mitglieder der drei Parteien hören. Diese
Besprechungen werden heute vormittag stattfinden.
Gestern fand in Wien eine gemeinsame
Sitzung der Chefs der Parteiververtretungen statt.
Ein Vorschlag auf Intervention wurde abge-
lehnt und der Grund der Nichtbeteiligung
in die innerpolitischen Angelegenheiten Öster-
reichs aufgestellt. Die Einmütigkeit jeden-
falls eine halbtägige Beilegung der Krise, die um-
so notwendiger erscheint, als in den allerersten
Tagen die österreichische Sektion der Repara-
tionskommission ihre Tätigkeit aufnehmen soll.

Gefahr im Verzug!

Aus Oberösterreich kommt folgende heute gemeldete
Warnung: Die interalliierte Kommission in Opatowitz
hat beschlossen, sämtliche Beamten der grünen Sicher-
heitspolizei, die nicht geborene Oberösterreicher sind, aus
Oberösterreich auszuweisen. Im Falle der Durch-
führung dieses Beschlusses werden auch die aus Oberösterreich
stammenden Beamten der Sicherheitspolizei, weil sie von
dem Terror der Polen das schärfste befehlen. Auf diese
Weise würde ganz Oberösterreich der polnischen
Gewalt ausgeliefert werden, weil die neu zu gründende
Sicherheitspolizei sich in der Handhabung als Mitglieder
der polnischen Sicherheitspolizei zusammenstellen soll.
Die Vertreibung von Mitgliedern der Sicherheitspolizei
sollte jedoch nicht als Vorwand für die Vertreibung der
Militär und seiner Untergebenen dienen.
Die Reichsregierung hat sich noch nach Belieben
dieser Nachricht an die interalliierte Kommission um Auf-
klärung gewandt, aber keine erhalten! Man versucht von
Entensseite, dieser Antwort auszuweichen. Mit anderen
Worten: Das die Entenskommission die Mithat hat, die so
bedeutet und deswegen den Polen so verhasste grüne Sicher-
heitspolizei aus Oberösterreich zu entfernen, wird nicht ge-
lungen.

Eine Ausweisung der Sicherheitspolizei wäre aber einer
Ausweisung Oberösterreichs an Polen gleich! Denn man
würde die Polen überlassen den Schatz der Ordnung, d. h.
wie sie ihn aufstellen, übernehmen. Und wie das eben
wird, kann jeder, der die polnische Kampfesweise, den Terror
gegen alle, was deutsch ist, kennt, schon jetzt voraussagen.
Das weiß aber auch die Entenskommission! Sie würde
also, wenn sie ihre Pflicht ausübt, dem polnischen
der Unparteilichkeit verstoßen, dem polnischen In-
teressen nicht nur gegen die deutschen, sondern auch gegen
die Interessen der gesamten oberösterreichischen Bevölkerung
zu verstoßen. Und zwar in einer Art und Weise, die weit
über ihre Befugnisse hinausgeht.

Ständehaus kommt die Nachricht zeitig genug, daß
die deutsche Regierung wie auch die deutsche Öffentlichkeit
den Kampf für Oberösterreichs Freiheit aufnehmen kann und
wird. Vergessen wir nicht über den innerpolitischen Schwach-
stellen, über Regierungskrise und Span, unsere deutschen
Brüder in der Dmarr, die einen Verweigerungsmiß gegen
die polnischen und französischen Unterdrückung führen.

Danzig als englischer Stützpunkt.

„Dienstag“ Danzig“ eröffnet Englands Ver-
bindungen, Danzig zu einem Stützpunkt seiner
wirtschaftlichen und Handelspolitik an der Oze-
an zu machen, zu einem Eingangstor für die
wirtschaftliche Durchdringung Polens und Süd-
russlands. Neben der in Danzig begründeten
„British Trade Corporation“, die mit einem
Kapital von 40 Millionen Mark arbeitet, werden
demnächst von acht englischen Großbanken Re-
sidenten in Danzig eingerichtet werden. Die
Verkehr zwischen England und Danzig zu ver-
mitteln. Wenn sie auch zum Teil zunächst mit
Verlust arbeiten, so rechnen sie doch auf die Zu-
kunft, wenn der Danziger Hafen erst für den
Seeverkehr eingerichtet, das Fahrwasser der
internationalisierten Weichsel reguliert und durch
einen Kanal mit dem ukrainischen Schwarzsee ver-
bunden sein wird, so die Ozean mit dem Schwarz-
see verbindend. Aber mit diesen eng-
lischen Interessen würden sich nach Ansicht des
polnischen Volkes die Interessen Polens kreuzen.
Diese seien nicht nur wirtschaftlicher, sondern

auch politischer Art, und sie würden zu einem
ständigen Gegensatz zwischen England und Polen
führen.

Bericht englischer Sozialdemokraten über Rußland.

Der „Telegraph“ meldet aus London: Die
Delegation der englischen Arbeiterpartei, die
Rußland besuchte, ist zurückgekehrt. Der Vor-
sitzende der Abordnung, Turner, sagte in
einem Interview, in Rußland herrsche eine
Uneinigkeit zwischen dem kassen Lande und
den Städten, weil letztere den Bauern für Le-
bensmittel keine Kaufsmittel bieten könnten.
Turner gab zu, daß in Rußland der rote Terror
herrsche, aber lediglich als Vergeltung und als
Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Ein-
druck der Delegation sei, daß der Grundfalsch
der Arbeiterregierung für ein demo-
kratisches Land wie England nichts
taugte. Es liege sicher viel Gutes in dem Stre-
ben der Bolschewisten, aber sie berück-
sichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der
Kommunismus in vielen Beziehungen auch ein-
schleife, so könne er erst in einigen Generationen
verwirklicht werden. Der Delegation fiel auf, daß
unter der bolschewistischen Regierung keine
industrielle Freiheit bestehe und daß
die Arbeitsniederlegung nicht ge-
stattet wird.

Tagesereignisse.

— (461 Reichstagsabgeordnete.) Nach der
letzten, berichtigten Zusammenstellung beträgt
die Gesamtzahl der Reichstagsmitglieder (ein-
schließlich der noch geltenden Mandate aus
den Wahlbezirken) 461. Hier von ent-
fallen auf: Reichstagssozialisten 111 (davon 18
alte in den Wahlbezirken), Unabhängige
30, Zentrum 67 (9), Deutsch-Nationale
65 (4), Deutsche Volkspartei 61 (2), Demo-
kraten 45 (9), Christlich-Sozialistische Partei
(Bayer. Volksp.) 21, Welschen 5, Bayer. Bauern-
bund 4, Kommunisten 2 Sitze.

— (Fehrenbach und Scheidemann in Ver-
lin.) Präsident Fehrenbach traf
gestern vormittag zu kurzem Aufenthalt in
Berlin ein und reiste im Laufe des Nachmittags
nach Süddeutschland. Er dürfte am Sonn-
tag wieder in Berlin anwesend sein.
Durch die Vernehmung der Zahl der Abge-
ordneten auf 461 werden im Sitzungssaal
des Reichstages einige bauliche Veränderungen
notwendig, um sämtliche Reichstagsmitglieder unter-
bringen zu können. Sofort nach Schluß der
Reichstagskonferenz sollen die Umbauten vor-
genommen werden. — Der Abg. Scheidemann
ist gestern nach Berlin gereist, um an
den Verhandlungen der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion teilzunehmen.

— (Erzberger zum Reichstag bereit?) Nach
einer dem „Wend“ aus Jüdisch zugehenden
Meldung will Erzberger sobald nach der Reichs-
tagssitzung sein Mandat niederlegen, falls
sein Eintritt in die Zentrumsfraktion erheb-
liche Schwierigkeiten bereiten würden. Er sehe
Parteiinteressen über Persönliches und wolle
nicht groß sein befehle stehen.

— (Graf Weizsäcker doch gewählt.) Die letz-
ten amtlichen Meldungen brachten die Korrek-
tur eines Irrtums, der bei der amtlichen Zähl-
ung der Wahlergebnisse des Wahlkreises Pots-
dam II unterlaufen war. Danach erhielten dort
die Sozialdemokraten 120 288 Stimmen, Ober-
verwaltungsgerichtsrat Dr. Graf v. Weizsäcker,
der langjährige Führer der alten konservativen
Reichstagsfraktion, wird also doch in das Reichs-
tagsgewähl wieder ernannt.

Die Reichstagsfraktionen werden Freitag vormittag im großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes in Berlin vom Minister des Innern Koch mit einer Willkommens- ansprache eröffnet. Der Minister wies darauf hin, daß die Konferenz einen Auftakt zu der großen Gesetzgebung im kommenden Jahre für das Schließen sein soll. Die Bahn sei frei zu einem ruhigen, besonnenen, überlegten Fort- schritt. Unter dem Beifall des ganzen Hauses führte er aus, daß jetzt, nach dem leidenschaft- lichen Wahlkampf, Zeit sei, sich zu bestimmen auf die Gemeinsamkeit der Kulturarbeit.

— (Verjüngung des Reichstages an den
höheren Lehranstalten.) Ein soeben heraus-
gegebener Erlass des Ministers für Wissenschaft,
Kunst und Volksbildung erklärt eine Verjün-
gung des Reichstages an den höheren Lehr-
anstalten für unausweichlich. Die Wohnen-
digkeit ergibt sich daraus, daß infolge der Zu-
nahme der Schulen wesentlich gesteigerte Auf-
gaben zu erfüllen. Diesen gesteigerten Anforder-
ungen steht aber im allgemeinen eine durch
die Lebensmittelanpassung hervorgerufene Schwä-
chung der Leistungsfähigkeit gegenüber. Das
macht sich vornehmlich bei Personen von höherem
Lebensalter bemerkbar und bewirkt häufig eine
so erhebliche Minderung der Arbeitskraft, daß
der Rücktritt der Beamten in den Ruhestand
in der Regel zu einem früheren Zeit-
punkt gezwungen erscheint, als es ehemals der
Fall war. Dazu kommt ferner, daß für die
dadurch Unterdrückung der in übergrößer Zahl

vorhandenen anstellungsfähigen Kandidaten
Platz geschaffen werden muß. Der Minister
verlangt im weiteren Verlauf des Erlasses vom
den Schulleitern bis zum 1. Juli eine genaue
Zusammenstellung aller Lehrkräfte, die das 35.
Lebensjahr bereits vollendet haben oder bis
zum Jahresfluß vollendet werden.

— (Ein Disziplinargerichtshof für Richter.)
In der Sitzung des Reichstages von Thüringen
wurde ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem
zunächst im Reichsstaat ein Disziplinär-
gerichtshof für Beamte, die sich am Kapp-
Putsch beteiligt haben, eingerichtet wird. Als
Grund für dieses Ausnahmengesetz wurde an-
geführt, daß in Bezug der Landesgerichtspräsidenten
sowohl wie eine Anzahl Richter sich am Putsch
beteiligten, die Richterhaft überhaupt nicht zu-
verlässig sei und die ordentlichen Gerichte zu
langsam seien. Das Gesetz, welches gegen die
Stimmen der Rechten und der Demokraten
angenommen und von den Abgeordneten Reichs-
lehrer Gerhard Rat und Prof. Dr. Rosenthal
in Jena als eine Ungeheuerlichkeit
und in der Kulturlandschaft als einzig da
stehend bezeichnet wurde, tritt sofort in Kraft.
Den anderen thüringischen Freistaaten ist an-
heim gestellt, das Gesetz gleichfalls in An-
wendung zu bringen.

— (Abreise der Schleswiger Besatzung.)
Der Tag der Abreise der internationalen Kom-
mission und ihrer Truppen aus Schleswig steht
unmittelbar bevor. Die internationale Kom-
mission hat bereits gestern ihre Beamten an-
gewiesen, die Koffer zu packen. Man erwartet
frühmorgens aus Paris ein Telegramm darüber,
daß die neue Grenzlinie der beiden Mächten
notifiziert werde. Sobald diese Nachricht ein-
getroffen ist, wird die internationale Kom-
mission mit ihren Besatzungstruppen binnen
48 Stunden das Abfluggebiet verlassen.
Selt Tagen liegt auf der Förde ein großer
Transportdampfer bereit. Gestern fand im
Hafen eine große Aktion von englischen
Seeräubern statt.

— (Wieder ein unerhörter Nebergriff des
Franzosen.) Aus Gießen wird gemeldet:
Bürgermeister Dr. Geisler erhielt von dem
hiesigen französischen General den
Auftrag, über die Vorgänge vom Donnerstag
nach auf der großen Wäldstraße seinen Be-
richt nach Berlin zu erstatten, ferner die Ge-
nehmigung zu einer auf Freitag einberufenen
Massenversammlung im Stadtpark, in der
energisch gegen das Gebahren der französischen
Soldaten protestiert werden sollte, nicht zu
erteilen. Trotz der Strafandrohung hatte er
dies mit der Begründung abgelehnt, daß zur
Erteilung eines solchen Verbotes die Fran-
zosen allein nicht befugt seien, vielmehr eine
Entscheidung der Alliierten, wozu auch Eng-
land, Italien und Amerika gehören, erfor-
derlich sei. Der Bürgermeister ist deshalb
Freitag vormittag seines Amtes enthoben wor-
den. Die Leitung der Stadtschäfte hat, da
der Oberbürgermeister noch in Urlaub ist, Stad-
rat Karl Jeene übernommen.

— (Französisches Kriegertum.) Aus der
Pfalz wird gemeldet: Seit dem Beginn der
Frühjahrsbefestigung hält jeden Dienstag oder
Freitag französische Artillerie zwischen Rülz-
heim, Bellheim, Herxheim, Antweiler, aus-
gerechnet auf dem besten Kulturboden, ein
mehrfachiges Übungsfeuer ab. Abgesehen
von dem Lärm, entstehen dem Kleinbauern
dadurch die unangenehmsten Störungen in der
Befestigung und Abnutzung der Felder.

— (Das Hauptziel Lloyd Georges.) Aus
zuverlässiger Quelle kann mitgeteilt werden, daß
das Hauptziel Lloyd Georges bei der inter-
nationalen Politik darauf gerichtet ist, den
Obersten Rat der Alliierten einmütig zu be-
festigen und an seine Stelle eine Konferenz
der fünf Großmächte Europas, Frankreich, Ita-
lien, England, Deutschland und Rußland zu
setzen. Japan, Amerika und die kleinen Staaten
Europas sollen von dieser Konferenz ausge-
schlossen werden. Dieser Plan steht begreif-
licherweise auf dem Widerstand Frankreichs.

— (Kein Mißverständnis zwischen England
und Frankreich.) Der diplomatische Mitar-
beiter des Evening Standard erklärt auf Grund
einer Mitteilung von zuständiger Regierungs-
seite, die Behauptung, daß in der Enten-
eine Spaltung bestünde, sei unrichtig. Das
Verhältnis zwischen Lloyd George und Mil-
lender sei von höchst herzlichem Charakter und
gebe keine Mißverständnisse und keine Uneinig-
keit zwischen den beiden Regierungen. Es sei
klar, daß die englische, französische und italia-
nische Regierung in einer Anzahl Fragen nicht
den gleichen Standpunkt einnehmen, aber Lloyd
George werde alles mögliche tun, um die aus-
gezeichneten Beziehungen zwischen den Be-
bündelten so weit wie möglich zu gestalten. Ein
gewisser Teil der französischen Presse sei damit
zufrieden, die Meinungsverschiedenheiten zwischen
den beiden Regierungen herauszufinden und in
den Vordergrund zu rücken. In England würden
solche Auslassungen von gewissen Kreisen zu
Zwecken wiederholt, aber die sich unterrichteten
Leser bekommen klar sind.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 12. Juni. (Verschiedenes.) In der 22. Jahreswoche vom 23. bis 29. Mai sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 3 (je 1 Weibschiff, Löhner, Berge); Todesfälle durch Tuberkulose 4 (je 1 Anna, Langschiede, Kohnen, Heeren). — Im ganzen Kreis. Ursberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeschlossen) bei Diphtherie 34 (5), Genickstarre 1, Kindbettfieber 2 (1), Körnerkrankheit 2, Tuberkulose (83), Ruhr 3 (1), Scharlach 28 (1), Unterleibstypus 16 (6), Grippe (17).

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen für je 100 der betreffenden Landeswährung:

für:	am 10. Juni	am 8. Juni	am 4. Juni
Holland 100 fl.	1400 Mk.	1514 Mk.	1475 Mk.
Schweden 100 Kr.	835 "	880 "	890 "
Norwegen 100 Kr.	675 "	730 "	740 "
Schweiz 100 Fr.	700 "	738 "	725 "

Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mark, in Schweden und Norwegen 112 Mark, in der Schweiz 80 Mark für je 100 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in Norwegen 1850 und in der Schweiz 1800 Mark für je Gulden bzw. Kronen oder Franken bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark seit vielen Monaten am 23. Mai, in Holland 1200, Schweden 720, Norwegen 605 und Schweiz 625.

(Städtisches Altersheim.) Auf die Veranlassung des hiesigen städtischen Wohlfahrtsausschusses betreffend freiwillige Abgabe von Ausstattungsgegenständen, sowie Sammlungen aller Art, für das einzurichtende Altersheim erlauben wir uns hiermit zu erklären. Da es sich um alte bedürftige Leute handelt, die zum größten Teil ihr ganzes Leben in unserer Stadt zugebracht haben, und denen die Mittel pp. zugute kommen sollen, wird es sehr wohl ein Herzensbedürfnis sein, sich an der Ausstattung des Altersheims nach Kräften zu beteiligen. Fast auf allen Hausböden werden sich bei näherem Suchen geeignete Stücke vorfinden, mit denen die unterzubringenden alten Leute erfreut werden können. Der städtische Wohlfahrtsausschuß wird nach erfolgter entsprechender Benachrichtigung die zu überweisenden Stücke abholen lassen. Wir bitten daher an die Bürgererschaft ebenfalls die Bitte, sich an der Sammlung, die Angehörigen aller Konfessionen zugute kommen soll, fleißig zu beteiligen.

(Heine Erhöhung der Fleischpreise.) Das Reichsernährungsministerium beabsichtigt, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen. Durch energische Vorstellungen Bayerns ist aber erreicht worden, daß diese neue Erhöhung der Fleischpreise nicht eintritt.

(Der Kartoffellegen.) Auch in Kamen trafen letzten Sonntag Kartoffeln ein, daß dieselben nicht abgenommen wurden. Das Lebensmittelamt bemühte sich, die Erbsäpfele anderwärts unterzubringen, doch gelang dieses nicht oder nur sehr schwer. Das Industriegebiet wird geradezu mit alten Kartoffeln überflutet. Die großen Bestände sind gewissermaßen in Spekulationen verwickelt worden, und wenn diese Leute jetzt an ihren unfruchtbaren Geschäften viel Geld verlieren, dann rächt sich sehr ihre Profligkeit. In Dortmund, Bochum, Essen usw. sind die ersten neuen Kartoffeln angekommen und seit einigen Tagen zu haben. Der Preis betrug zuerst 2,50 Mk. das Pfund, ist aber bereits auf 2 Mk. gesunken. Es ist ein neues Vergnügen, und nur wenige Verbraucher werden sich diesen Genuß gestatten können.

(Beschlagnahmtes Fleisch.) Der Polizeibeamte Richter stellte auf einem Wagen Fleisch, das aus einer Schwarzschlachtung hervorgegangen war und zu einem hiesigen Metzger gebracht werden sollte. Das Fleisch, ein ganzes Viertel von einem fetten Tiere, wurde beschlagnahmt, ebenso der einem anderen Metzger ein schwarzgeschlachtetes Schwein. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. — Obwohl die schwersten Strafen und schärfsten Regie-

lungsmassnahmen angedroht wurden, fällt es keinem ein, sich daran zu halten. Da dem hiesigen Metzger kamen eben 99 von hundert „Hinterher“, obwohl jeder weiß, daß das Fleisch aus einer Schwarzschlachtung stammt. Sollte es nicht besser sein, die ganze Zwangsversteigerung, an die sich doch keiner hält, würde über Bord geworfen?

(Wem gehört das Fleisch?) An der Bahnstation Kamen-Münster wurden von einem Eisenbahnbeamten etwa 80–100 Pfund frisches Rindfleisch gefunden, das in einem Sack gewickelt, in einem Kasten stand. Da an dem Fleisch noch Grashalme kleben, so liegt die Vermutung nahe, daß es von einem auf der Weide geschlachteten Rinde herührt.

Kamen, 12. Juni. Eine Schiffsgeiselschiffung fand am Donnerstag, den 10. Juni, unter dem Vorsitz des Herrn Amtsrathes Schmidt statt. Die Anklage wurde von Herrn Amtsanwalt Floer vertreten. — Mit ungenügender Grund war der Sohn des Vergamanns K. aus Künthe in der Zeit vom 19. bis 21. Februar an einem Vormittag der Schule ferngeblieben. Das Gericht erkannte auf eine Strafe von 2 Mark. — Da die Begegnung K. und L. aus Künthe die in ihrem Besitz befindlichen Waffen nicht abgeliefert hatten, hatten selbige sich heute vor dem Schiffe zu verantworten. Der Angeklagte K. hatte ein Jagdgewehr, welches er vom Angeklagten L. zur Aufbewahrung erhalten, im Besitz sowie einen Browning. Ebenfalls besaß L. ein Jagdgewehr, welches ihm jedoch nicht gehörte. Da auf diesem Vergehen hohe Strafen ruhen, beantragte der Amtsanwalt je 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht bestrafte den Angeklagten K. mit 200 Mark Geldstrafe. Da der Angeklagte L. bereits wegen gleicher Sache vom Gericht bestraft ist, wurde er mit einer Gefängnisstrafe von 1 Monat bestraft. — Wegen Hehlerei hatte sich der Mithändler C. aus Gorfmar zu verantworten. Am 12. Dezember 1919 hatte der Angeklagte in Künthe Förderwagenräder, die der Gelfenrader Vergamanns-Mitien-Gesellschaft gehörten, von Kindern gekauft, nachdem er wußte, daß die Kinder selbige nicht auf legale Weise erworben haben konnten. Der Amtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Das Gericht erkannte die Strafe für angemessen. — Wegen Diebstahls hatte sich der Bergmann S. aus Kamen zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 6. März 25 Meter Draht im Werte von 100 Mark von dem Besenplatz in Bergtamen entwendet. Da S. völlig unbefugt ist, erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 1 Tag unter Aufsichtung mildernden Umstände. — Wegen Körperlicher Mißhandlung hatte sich der Bergmann B. aus Kamen zu verantworten. Am 13. April geriet der Angeklagte mit dem Bergmann K. überfällig zusammen, nachdem sie schon seit Monaten in stieligen Zwistigkeiten lebten. Der Angeklagte war gerade mit Baden von Dünker beschäftigt. Er ergriß die Dünker und schlug den Bergmann K. mit dem Kopf, welcher darauf ohnmächtig zusammenbrach. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und konnte 3 Tage seiner Arbeit nicht nachgehen. Der Amtsanwalt beantragte 60 Mark Geldstrafe. Das Gericht bestrafte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung mit 100 Mark Geldstrafe. — Wegen Diebstahls hatten sich der Monteur H. aus Hlerich und der Elektriker D. aus Dortmund wegen Hehlerei zu verantworten. Der Angeklagte H. war am 30. Dez. im Hause der Frau M. in Heerenwerde mit der Anlage einer elektrischen Heizung beschäftigt. Während der Abwesenheit der Frau entwendete der Angeklagte aus einem Zimmer etwa 5–10 Pfund Fleisch, wovon er dem Mitangeklagten D. einige Pfund überließ. Der Amtsanwalt beantragte gegen jeden 3 Tage Gefängnis. Das Gericht bestrafte den H. wegen Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis, den D. wegen Hehlerei zu 1 Woche Gefängnis. — Dessen tliche Beleidigung brachte der Vergamann J. aus Künthe nebst Frau vor die Schiffe. Der Sohn der Angeklagten hatte im Februar einen Tag unentschuldig die Schule veräumt, weshalb sie einen Straßbesitz erhielten. Am 24. Februar stellte der Angeklagte die Schiffe in der Öffentlichkeit deswegen vor Rede und gebärde sich

hierbei sehr ungestimmt, wobei sich bald eine Menge Volks sammelte. In Laufe der Rede erhob sich der Angeklagte, derart, daß er der Lehrerin sehr grobe Beleidigungen jagte. Auch die Angeklagte kam herbei und unterstützte ihren Mann in seinen bösen Taten. Der Amtsanwalt beantragte für den Angeklagten J. 2 Wochen Gefängnis, für die Frau 50 Mk. Geldstrafe sowie für beide Angeklagten die öffentliche Zurücknahme der Beleidigungen in der Zeitung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis, seine Frau zu 100 Mark Geldstrafe und erteilte Fr. H. Hlerich die Publikationsstrafe. — Wegen Nichtabgabe eines Gewehrs hatte sich der Uhrmacher H. von Kamen zu verantworten. Da dieses Gewehr kein deutsches Fabrikat war (es handelte sich um eine Kriegstrophäe vom rumänischen Kriegsausbruch, ein rumänisches Gewehr ohne scharfe Munition, und war nicht sein Eigentum), so erkannte das Gericht auf Freisprechung. Der Amtsanwalt hatte ebenfalls Freispruch beantragt. — Des Diebstahls hatte sich der Schüler M. aus Kamen schuldig gemacht. Am 22. April stahl er mit noch zwei jüngeren Knaben von einem Stand auf der Kirmes eine Herrenuhr im Wert von 350 Mk. Der Amtsanwalt beantragte für den jugendlichen Dieb einen Beweis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten in Anbetracht des schweren Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis. — Ebenfalls wegen Diebstahls hatte sich die Ehefrau C. aus Kamen zu verantworten. Selbige stand bei der Frau H. Klein in Künthe in Arbeit. Es wurde ihr zur Last gelegt, Wäsche entwendet zu haben. Da ihr die Tat aber nicht genügend bewiesen werden konnte, sprach das Gericht die Angeklagte frei. Der Amtsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Soest, 11. Juni. (Internierung der Weiblichen.) Nachdem die Auflösung der Maschinen-gewerkschaften mit Hilfe von Reichswehrtruppen durchgeführt worden ist, sind die widerbeständigen Soldaten zunächst bei Soest interniert worden, wo sie unter Verwahrung der Reichswehr stehen. Wie die L.-L. hierzu erzählt, ist eine strafrechtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit eingeleitet worden. — **Burgsteinfurt, 11. Juni.** Eine schwere Ginderexplosion ereignete sich Samstag mittag im Munitionslager (neuer Lager) Neuenkirchen. Beim Herausfahren einer Kiste mit scharfen Zündern, die geprengt werden sollten, stürzte eine andere Kiste mit Zündern um und explodierte. Unmittelbar darauf explodierte mit lautem Knall auch die von vier Arbeitern gerogene Kiste. Die Wirkung war furchtbar. Die vier Arbeiter lagen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen am Boden. Verletzte Kiste wurde sofort herbeigeführt. Ein Arbeiter, der furchtbar, besonders durch die vielen Splitter im Gesicht, zugerichtet war, starb bald darauf. Ein anderer Arbeiter ist gleichfalls noch am Unglückstage gestorben, sodas das Unglück zwei Todesopfer gefordert hat. — **Minden, 11. Juni.** Ein schweres Unglück hat die Familie des Malers S. hier getroffen. Jedenfalls infolge Unachtsamkeit beim Schleifen des Gashahnes in später Abendstunde ist soviel Gas entzündet, daß der Vater, die 16jährige Tochter und der 6jährige Sohn ertranken. Sie wurden morgens tot in ihren Betten aufgefunden.

Sezen, 11. Juni. Der Schuhmacher-Kreverband Sezen beschloß mit Rücksicht darauf, daß die Preise für Leder und Schuhreparaturen nochmals herabgesetzt werden. — **Düsseldorf, 11. Juni.** Die Verhandlungen zwischen den ankündigenden Gasthausangehörigen und den Vertretern des Gastwirtschaftsverbandes sind gescheitert. Die Arbeitgeber schlugen folgende Monatsgehälter vor: Reiner 1000 Mk., Kellner in Kassen und Augustheils 1200 Mk., Oberkellner 1200 Mk., Oberkellner in Augustheils 1500 Mk., Reiner in Gast- und Schenkwirtschaften 800 Mk. Dabei sollte das Trinkgeld nicht angerechnet werden. Die Arbeitnehmer verlangen dagegen Wochenlöhne von

durchschnittlich 400 Mk., wozu noch Aufwandsentschädigungen sowie Reisekosten kommen sollten. Ferner lehnen sie es ab, das Trinkgeld als Lohnbestandteil zu berücksichtigen. Von den Vertretern der Gastwirtschaft wurde darauf erklärt, der Streit nunmehr in verschiebter Form fortsetzen zu wollen.

(W) Düsseldorf, 11. Juni. (Güterdiebstahl.) Durch die Eisenbahnkriminalabteilung in Düsseldorf wurden umfangreiche Güterdiebstahle aller Art, die seit einem Jahr auf dem Hauptbahnhof ausgeübt wurden, aufgedeckt. Bisher wurden 45 Beamte und Arbeiter verhaftet, darunter ein Bahnassistent, 6 Rangiermeister, 9 Rangierführer, 5 Lokomotivführer, 2 Heizer, 7 Weichensteller usw. Der Eisenbahnverwaltung entstandene Schaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.

Witz, 11. Juni. (Mord.) Am Montag wurden die zwei Brüder Biesing, Landwirte von Kapellen, verhaftet. Sie hatten beschossen, zusammen die etwa 18jährige Dienstmagd Kaiser in Witz, die bei den Eltern der beiden verhaftet war und ihrer Niederkunft entgegen, im Bettelkammer Meer zu ertränken. Diese Tat führten sie in der Nacht zum Samstag aus, wobei sie am Tatort gesehen wurden. Sie gaben beide die Tat zu. Die Leiche ist gefunden.

Witz, 11. Juni. (Schwurgericht.) Der Händler Gerhard Weber aus Köln, der im Sommer vorigen Jahres beim Diebstahl eines Bauern erschossen hatte, wurde vom hiesigen Schwurgericht zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

(W) Saarbrücken, 11. Juni. (Eiserne Straßendrähte.) Vorgestern wurde hinter der Mauerlinie der Straße eines Mannes mit einer Schutzhülle aufgefunden. Der Herr ist nach seinem Aussehen ein französischer Staatsangehöriger. Etwa 100 Meter davon entfernt fand man die Leiche eines deutschen Mädchens, das eine Schutzhülle im Kopfe hatte. Es handelt sich vermutlich um ein Eiserne Straßendrähtchen. Wurde zuerst der Mann und dann das Mädchen auf der Straße erschossen. Ermittlungen durch die Polizei sind im Gange.

Auf dem Wege zur Verständigung

(TU) Berlin, 11. Juni. Nach einer partei-offiziellen Mitteilung würde die Deutschnationale Volkspartei bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederherstellung finden läßt.

Gegen die Kriegs-Verantwortlichen in Italien.

(TU) Rom, 11. Juni. Laut Messagero vom Sonntag alsbald einen Antrag einbringen, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen früheren Minister Salandra, Sonnino und Sonnino vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Traulich wurde Salandra gestern in der Kammer aufs schärfste insuliert.

Deutsche Offiziere vor französischen Kriegsgerichten.

(TU) Metz, 11. Juni. Das französische Kriegsgericht verurteilte den deutschen Obersten Belp, der während seiner Soldatenzeit in der 1. Armee (1914) 5000 Franc Geldbusse, ferner den Major Mantuffel und den Leutnant Baugh wegen angeblichen Diebstahls zu 20 bzw. 10 Jahren Zuchthaus.

Revolution in Persien?

Einen in London eingetroffenen Moskauer Rundschreiben zufolge ist die Revolution in Persien ausgebrochen. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag sei in Teheran eine provisorische Regierung gebildet worden, an deren Spitze Mirza Kuchik stehe. Die englischen Truppen hätten sich eilig auf Bagdad zurückgezogen, nachdem sie Teheran räumen mußten, weil die persischen Truppen sich gewehrt hätten, gegen die Engländer zu kämpfen. In der gestrigen Unterhausdebatte erklärte Bonar Law, daß diese Nachricht bisher nicht bestätigt sei und er glaube, daß sie nicht richtig sei. Die Zurückziehung der Truppen aus Teheran müßte er aber zugeben. Churchill berichtete, daß sich in Mesopotamien und Nordwestpersien 13 500 englische Truppen und 6 000 Zister befänden.

Ramen des Schicksals.

Roman von Hof. Schade-Häbde.
(Nachdruck verboten.)

3. Fortsetzung.

Frau von Brenken sah mißbilligend zu ihrer jüngsten Tochter hinüber. Ehe sie aber den beschuldigten Tadel in Worte zu kleiden vermochte, wurde ihre Aufmerksamkeit durch den schrillen Glockenton, der das Haus durchdrang, abgelenkt. Sie sah zu dem Garteneingang hinüber. Ein Herr in tadelloser Besatz schritt eben durch das wie von unsichtbaren Händen geöffnete Tor und sah sich suchend im Garten um.

Der Regierungsrat frang auf, um dem Fremden entgegenzugehen.

Frau von Brenken sah, wie die beiden Herren nach wenigen Worten sich die Hände schüttelten und auf die Straße zutaten. Er richtete sich auf ihrer bequemen Stellung auf und blickte den kommenden gespannt entgegen. Der Fremde war eine auffallend große, breite Figur. Das leichtgekleidete, von einem wohlgepflegten dunklen Vollbart umrahmte Gesicht sah klug und intelligent aus. Der etwas breite, weiche Mund und die freundlich blickenden Augen verrieten einen hohen Grad von Gutmütigkeit. Unwillkürlich suchten die Blicke Frau von Brenkens die Hände des Fremden.

Sie waren breit und derb und man sah ihnen an, daß sie sich nicht scheuten, im Notfall jede Arbeit mit anzugreifen. Die Hände waren ziemlich kurz gefaltet, aber doch gut gepflegt.

„Hier bringe ich dir meinen neuen Nachbar, Herrn Steiner, liebe Helen“, sagte der Regierungsrat mit einer leichten Handbewegung. — „Meine Frau, meine jüngste Tochter Gerda.“

Der Fremde beugte sich über die dargereichte, seine Hand der Dame des Hauses. Einen Augen-

blick sah es, als wollte er auch Gerdas Hand an die Lippen führen, doch hielt ihn wohl beim Anblick der freundlichen, kleinen Kinderhand ein anderer Gedanke. Er schüttelte sie kräftig und sah dem jungen Mädchen lächelnd ins Gesicht, dabei zwei Reihen tadelloser Zähne zeigend.

„Ich hätte meinen Besuch gern noch um ein paar Tage verschoben, bis ich mit der Einrichtung meines Hauses fertig bin, doch fühle ich mich verpflichtet, wegen der Unachtsamkeit meines Gärtners persönlich um Entschuldigung zu bitten. Hoffentlich hat seine Unachtsamkeit kein größeres Unglück angerichtet.“

„Nein, Sie dürfen sich Gewissensberuhigen“, lachte Gerda. „Das Unheil hat nur mich, das unbedeutende Mitglied unserer Familie, oder richtiger gesagt — mein Kleid betroffen. Und, wie Sie sehen, ist der Schaden bereits wieder beseitigt.“

Sie hob grazios ihr leichtes Kleid, aus dem die Sonne die letzten Spuren der Feuchtigkeit herausgezogen, ein wenig in die Höhe. Steiner sah mit wohlgefälligem Lächeln in das hübsche Mädchen und auf den frischen, roten Mund, der so harmlos und natürlich plauderte.

Ein Viertelstündchen ging unter angenehmer Unterhaltung dahin. Steiner erzählte von seinen Hochgenüssen, die ihn fast über Nacht zum reichen Manne gemacht hatten, nachdem er sich vorher auf dem verschuldeten Gut, das ihm sein Vater hinterlassen, mühsam habe durchs Leben schlagen müssen. Er sprach mit der selbstgefälligen Ruhe eines Mannes, der es zu etwas gebracht hat und der seinen Wert wohl zu schätzen weiß.

Der Regierungsrat, der selbst der Sohn eines berühmten Altgenossen war, hatte eine tiefe Achtung für den jetzigen Stand von Steiners Gütern und stellte bewundernde Fragen. Steiner jedoch schüttelte lächelnd den Kopf. Das Gut habe er verkauft und einzig die Güter behalten. Er fühle sich nicht zum Landbesitzer berufen und habe sich hier in Dresden, bezw. Wladimir,

niedergelassen, um endlich einmal etwas vom Leben, das ihm bisher herzlich wenig geboten, zu haben; und außerdem glaube er, hier ein besseres Feld für seine Spekulationen im großen Stil zu finden.

Frau von Brenken war es unangenehm, wie man sich freckwillig von seiner Scholle trennen konnte, auf der man groß geworden. Er hatte — alten Traditionen und dem Wunsch seiner Gattin zufolge — die Staatstaxi eingezogen, fränkte aber im Herzen immer noch an der Sehnsucht nach einem eigenen, warm ausstrahlenden, blühenden Besitz, wo er sich ausruhen konnte, wie es ihm liebste. Über er ließ diese Gedanken für sich, da er bei den Steuern — ausgenommen der Gerda — wenig Verständnis dafür fand.

Gerda sah den Erzähler, der diese ihr märchenhaft erscheinenden Geschichten, die ihn aus seinen Gruben aufstießen, so ruhig und selbstverständlich nannte, und dabei die Hoffnung aussprach, sie durch seine Spekulationen mindestens noch zu vergrößern, mit großen, erkannten Augen an.

„Dommerwetter“, sagte sie endlich mit einem tiefen Atemzuge, „das läßt sich nicht gefallen.“ Steiner lachte belustigt auf, und auch der Regierungsrat konnte ein Lächeln über diese spontane Anerkennung seines Töchterchens nicht unterdrücken.

Frau von Brenken mußte den Ausdruck Gerdas nicht gehört haben, da sie ihn sonst wohl nicht ungerührt gelassen hätte. — Sie sah mit halb aufmerksamen Augen und schenkte in dieses Mädchenchen verurteilt zu sein.

Steiner ergriff sich und verabschiedete sich mit der Bitte, seinen Besuch bald wiederholen zu dürfen. „Aufgeißt bei der Regierung“, von einem Gegenbesuch einzuweisen, da in seinem Hause alles noch drunter und drüber gehe, und er seine ersten Gäste doch gern in einer willigen Umgebung empfangen möchte.

Im Gespräch mit dem Regierungsrat war er bis zu dem Ausgange der Straße gekommen,

als sein Blick augenblicklich durch irgend etwas daran gehindert wurde, daß er die letzten Worte halb mechanisch wiederholte. Frau von Brenken folgte der Richtung seines Blickes und sah, daß er auf eine Hand gestarrt, die sich eben langsam näherte.

Es war in der Tat ein wunderbares Bild, das sich bot. Die zarte Gestalt des jungen Mädchens in dem düstigen Gewande hob sich vor dem dunklen Hintergrund der Bäume und Sträucher ab. Das silberblonde Haar lagte sich, von der Sonne bestreut, wie ein hellgelbes Licht um das feine Gesicht.

Blanc schen den Fremden nicht zu sehen, wenigstens beschleunigte sie ihr Tempo nicht, und stand ihm plötzlich in augenblicklicher starrer Verwirrung gegenüber, die ihr noch einen befremdenden Reiz verlieh. Mit ihrem höchsten Willenswille hielt sie den neuen Nachbar willkommen, und als Steiner ihre Hand, die hart und leicht wie ein Blumenblatt in der seinen ruhte, an die Lippen zog, schien es den harten Mann einen Augenblick wie ein plötzliches Schwandeln zu überkommen.

„Angenehm war auch Herbert, der ein wenig zurückgeblieben war, nähergetreten, und Frau Brenken sagte der Vorstellung durch ihren Mann mit auffallender Betonung die Worte: „Ein Jugendfreund meiner Tochter“ hinzu, als sie sah, daß Steiner einen scharfen fragenden Blick auf den jungen Mann heftete.

Als Steiner außer Hörweite war, wandte sich Frau Brenken der Mutter zu: „Warum hast du mich nicht gerufen, als der Besuch kam?“ fragte sie belustigt. Eine solche Frage entstellte für einen Augenblick ihr hübsches Gesicht und Herbert sah sie verwundert an.

„Dann lachte er fröhlich auf: „Glaubst du wirklich, Blanc, daß du viel verstanden hast?“ fragte er mit eigener Betonung und suchte ihren Blick auf sich zu ziehen.

(Fortsetzung folgt.)

